

Margit Stolzenburg (Hrsg.):
Biografien des 20. Jahrhunderts.
Elf europäische Frauen im
Interview, Band 12 der Schriften-
reihe »Auf der Suche nach der
verlorenen Zukunft«,
trafo-Verlag Berlin 2001, 312 S.
(34,80 DM)

*»Frauenemanzipation
ist ohne genaue Kenntnis
der Frauengeschichte nicht möglich.«
Gerda Lerner*

Das historische Umfeld der elf im vorliegenden Band interviewten Frauen ist das 20. Jahrhundert. Sie leben in Frankreich, Ungarn, Finnland, Rußland, England, Kroatien, West- und Ostdeutschland, Portugal, Holland und zwischen Japan und Westberlin. Ihre Eltern sind geprägt durch den Ersten Weltkrieg, sie selbst durch den Zweiten Weltkrieg. Die Erinnerung an die Kriegszeit ist verbunden mit tiefgehenden Erlebnissen: Unsicherheit, Bombennächten, Todesangst, Flucht, Emigration, Verlust des Vaters, Überlebenskampf und meist eine Mutter, die dieses Überleben organisierte und den Lebensalltag emotional trug. Die befragten Frauen wuchsen mehrheitlich eher in armen Verhältnissen auf. Trotzdem haben sich alle, manchmal gegen den Widerstand ihres Umfelds und unter großen Mühen eine gute Ausbildung geschaffen, sind alle erwerbstätig gewesen und einige in einflußreichen Positionen. Alle empfinden sich, schreibt *Stolzenburg*, »als verantwortliche Mitgestalterinnen ihrer Zeit« (S. 11).

Es ist ausgesprochen spannend zu lesen, wie die einzelnen Frauen, die heute zwischen 65 und 83 Jahre alt sind, ihr Leben gestaltet haben, wie sie die Zeit des Nationalsozialismus, wie sie die letzte Phase des Kriegs erlebten, wie die konservativen fünfziger Jahre auf sie gewirkt haben, ob der gesellschaftliche Aufbruch der 68er Zeit oder der Zusammenbruch des realen Sozialismus Ende der achtziger Jahre für sie ebenfalls einen Einschnitt bedeutete, oder welche anderen Ereignisse in ihrem Leben Anlaß waren, neue, eigenständigere Existenz- und Gestaltungsmöglichkeiten zu suchen, sich aus der Dominanz typischer

Frauen-Fürsorge und der damit verbundenen personellen Abhängigkeiten ein Stück zu lösen. »An irgendeinem Punkt ihrer Geschichte beehrten sie auf, weigerten sie sich, dem für sie in ihrer Gesellschaft vorgesehenen Rollenbild zu entsprechen« (S. 7), schreibt *Hanna Behrend*, Herausgeberin der Schriftenreihe.

Wendepunkte im Lebenslauf registriert und interpretiert jemand meist erst im Nachhinein. Eine solche ›Erinnerungsarbeit‹ erlaubt es einem auch, sich selbst und die Ereignisse mit einem gewissen Abstand zu sehen und zu bewerten, nicht nur Erfolgreiches, sondern auch Mißglücktes und Falsches zu akzeptieren und also darüber zu berichten: keine objektive Wahrheit, die es eh nicht gibt, sondern eine interpretierte Wahrheit.

Anders ist es mit den Zukunftskonzepten der Frauen. Hier verbinden sich Wünsche mit gemachten Erfahrungen. Im Vordergrund steht der Wunsch nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit. Politischer Ort des Handelns ist für sie vorzugsweise die basisdemokratisch strukturierte Kleingruppe. Mit Parteien und Gewerkschaften haben sie weniger gute Erfahrungen gemacht, wenn es um die Interessen von Frauen geht. Sie wissen, daß sich Frauenbefreiung nur dann weiter entwickelt, wenn die Reproduktionsarbeit neu gestaltet wird, wenn wir darüber hinaus unsere Abhängigkeiten vom Geld und dem neoliberalen Markt minimieren und den Austausch im lokalen Umfeld stärken.

Es ist der relativ offenen Form zu verdanken, mit der die fünf Interviewerinnen die Gespräche und Reflexionen stimulierten, die die meisten Berichte so lebendig und unterschiedlich werden ließen. Es gibt Frage-Antwort-Interviews oder Gespräche entlang bestimmter Themenfelder: Kindheit, Jugend, Ausbildung, Erwerbsleben, Einstellung zu Emanzipation, Frauenbewegung, Feminismus, Partnerschaft und Familie und Überlegungen zu Zukunftskonzepten. Die Gespräche wurden meist auf Tonband mitgeschnitten und die überarbeitete Fassung dann den Frauen zu geschickt. Einige Frauen haben den Text noch mal überarbeitet, in einem Fall (im 7. Interview) ist sogar ein ganz neuer Text entstanden. Alle Texte sind von den Interviewten autorisiert. Die fünf Frauen, die sich dieses Buchprojekt vorgenommen hatten, bildeten über zwei Jahre hin

eine Arbeitsgruppe innerhalb des »Frauenforums Ökonomie & Arbeit«, ein seit 12 Jahren bestehendes Netzwerk feministischer Ökonominnen und Gesellschaftspolitikerinnen. Auf den regelmäßigen internationalen Seminaren des Forums ergaben sich die meisten Kontakte zu den jetzt befragten Frauen. Aus ihrer unbezahlten Arbeit ist ein interessantes und gut lesbares Buch geworden.

CAROLA MÖLLER

**Peter Auer/Heiko Hausendorf
(Hrsg.):
Kommunikation in gesellschaftlichen Umbruchsituationen.
Mikroanalytische Aspekte des sprachlichen und gesellschaftlichen Wandels in den Neuen Bundesländern,
Max Niemeyer Verlag, Tübingen
2000. 325 S. (86 €/172,00 DM)**

In der Art, wie Menschen ›ihre‹ Sprache gebrauchen, kann sich vielerlei ausdrücken: regionale und soziale Herkunft, Erziehung, Bildung, Beruf, ihr Gemütszustand und manches andere. Sind solche Eigenheiten einigermaßen verbreitet und konstant, mag man sogar von verschiedenen Sprachen sprechen. Doch das ist ein weites Feld. Jedenfalls gab es seit Jahrzehnten Beobachtungen und entsprechende Erörterungen, ob und wie sich Ost- und Westdeutsche auch sprachlich voneinander unterscheiden – oder eben mehr oder weniger ähnlich sind. Nach 1990 wurde dies verständlicherweise noch interessanter, zumal man nun auch glaubte, unbefangener über mögliche Ursachen divergenten Verhaltens spekulieren zu können. In einer kaum noch überschaubaren Zahl von Untersuchungen und Projekten wurden öffentliche Gelder und Fördermittel dem Ziel gewidmet herauszufinden, wie und warum die Ostdeutschen anders sprechen als die Westdeutschen. Wenn nun den zahlreichen Publikationen eine weitere hinzugefügt worden ist – die neun Untersuchungsberichte vereint, die bereits 1998 auf einer Tagung vorgelesen wurden, so daß sie sich naturgemäß auf

ein Material beziehen, das meist noch ein paar Jahre älter ist –, dann muß sie ihre Berechtigung aus den Defiziten anderer Publikationen ableiten. In der Tat standen Wortschatzunterschiede bisher etwas einseitig im Vordergrund, während Textanalysen weithin fehlten. Die gesprochene Sprache fand geringere Beachtung. Und auch nach inzwischen eingetretenen Veränderungen »innerhalb der ostdeutschen Kommunikationsgemeinschaft« (S.7; gibt es die denn noch?) wurde kaum gefragt. Diese Lücke soll der vorgelegte Band nach dem Wunsch seiner Herausgeber schließen helfen. Vermag er das wirklich?

Der erste Beitrag (Gerd Antos/Jörg Palm/Stefan Richter: Die diskursive Organisation von Beratungsgesprächen. Zur unterschiedlichen Distribution von sprachlichen Handlungsmustern bei ost- und westdeutschen Sprechern) befaßt sich mit dem Wissenstransfer, der nach der Übernahme westdeutscher Institutionen im Beitrittsgebiet erforderlich wurde. In dem Projekt wurden telefonisch geführte – von einer Tageszeitung in Halle organisierte – Beratungsgespräche zu Möglichkeiten der Finanzierung eines Hausbaues beziehungsweise einer Geschäftseröffnung analysiert. Ratgeber waren teils Westdeutsche, teils Ostdeutsche, Ratsuchende vornehmlich Ostdeutsche. Ausgangspunkt war die ›These‹, daß sich Ost- und Westdeutsche in ähnlichen Situationen an verschiedenen Handlungsmustern orientieren würden, woraus sich Divergenzen in der Diskursorganisation ergäben, was zu »kommunikativen Verunsicherungen und Verständigungsproblemen« führen könne, »in deren Folge es zur Bestätigung soziopolitisch begründeter Stereotype und damit zu Belastungen der Kommunikation zwischen Ost und West kommt« (S. 22).

Die Analyse der Gespräche ergab, daß die West-Berater dazu tendierten, die Anrufer ausführlich zu Wort kommen zu lassen, andererseits aber eine Fülle von Informationen vor ihnen auszubreiten, die die Anrufer mit ihren Erwartungen eher allein läßt, den Beratern aber die Möglichkeit gibt, sich als kompetente Experten darzustellen. Ost-Berater dagegen faßten sich kürzer, sie bewerteten stärker, und sie rieten den Anrufern schnell und mit einfühlendem Verständnis, welche Problemlösung diese wählen oder nicht wählen sollten. Das

mag für die untersuchten Gespräche und ihre besonderen Bedingungen (Vermittlung einer Handlungs- oder Entscheidungsorientierung in einem zeitlich und diskursiv recht eingeschränkten Telefongespräch zu einem Thema mit lebenswichtigen Konsequenzen) so zutreffen. Antos/Palm/Richter sehen darin die bevorzugte Verwendung verschiedener kommunikativer Muster: Die westdeutschen Ratgeber würden sich am Muster Beratung orientieren, die ostdeutschen dagegen am Muster Auskunft. Und warum das so ist, glauben die Untersuchenden auch zu wissen. Natürlich habe es das Muster Beratung auch in der DDR gegeben, und die Menschen, die dort lebten, hätten es verinnerlicht. Es habe aber eigentlich nichts oder nur wenig zum Beraten gegeben, jedenfalls nicht im öffentlichen Bereich, weil hier alles durch staatliche und institutionelle Vorgaben vorentschieden war, so daß darüber nur noch Auskunft zu erteilen war. Da es aber im privaten Bereich noch Beratung gab, würden nun die Ostdeutschen und vor allem die ostdeutschen Ratgeber – anders als ihre Westkollegen – das eingerichtete Telefongespräch für etwas Offizielles halten und sich entsprechend ihrer DDR-Erfahrung verhalten, also den Ratsuchenden nur ganz kurze und vor allem bewertete Hinweise geben (vgl. S. 38 f.).

Wenn man einmal von der etwas merkwürdig gewundenen Argumentation absieht (warum zum Beispiel sollte die Unterscheidung von öffentlich und privat so ausschließend sein und so tief sitzen?), ergeben sich mehrere Fragen. Angenommen, das ostdeutsche Verhalten ist tatsächlich einem Mangel geschuldet, dann ist noch lange nicht ausgemacht, daß es für die Bedienung anderer Situationen von vornherein ungeeignet ist. Das wäre erst noch zu zeigen. Vielleicht wird es dem häufigen Wunsch von Ratsuchenden, über Wesentliches, Nahliegendes unterrichtet zu werden, sogar besser gerecht. Man muß das Verwenden der ›einfacheren‹ Struktur der Auskunft gegenüber der ›komplexeren‹ der Beratung also nicht notwendig als Defizit verstehen. Ganz abgesehen davon, daß es offensichtlich auch in den alten Bundesländern Beratungen gab und gibt, die zur Auskunft tendieren und daß ihnen auch eine solidarische Note keineswegs fremd sein muß, also das Vorschlagen einer vom Berater selbst präferierten Lösung.

Und weiter: Beraten ist eine bestimmte Kategorisierung kommunikativer Handlungen, die mit einem Wort aus der Alltagssprache, eben ›Beraten‹, benannt wird. ›Beraten‹ hat im Deutschen – unabhängig von Ost und West – mindestens zwei Bedeutungen: 1. gemeinsam etwas besprechen, beratschlagen; 2. einen Rat-schlag erteilen. In der Kommunikationspraxis der Ostdeutschen hatte ›beraten1‹ eine ziemlich zentrale Stellung. Man könnte nun annehmen, daß nicht nur die im Muster geronnenen Erfahrungen divergieren, sondern auch die mit der wissensmäßigen Kondensierung einhergehenden Kategorisierungen. Dies könnte die solidarische, auf unmittelbare praktische Hilfe bedachte Note im Verständnis mancher oder vieler Ostdeutscher erklären. Ich will nicht – schon wegen des Fehlens entsprechender Untersuchungen – sagen, daß es so gewesen sein muß. Es wäre aber eine plausiblere Annahme als die, daß die Ostdeutschen sich von einer anderen Unterscheidung zwischen öffentlich und privat leiten ließen oder daß das Solidarische Ausdruck einer nur oktroyierten Kollektivität gewesen wäre.

Karin Birkner und Friederike Kern (Ost- und Westdeutsche in Bewerbungsgesprächen) haben im Rahmen eines größeren, früher in Hamburg angesiedelten Projekts unterschiedliches Verhalten untersucht. Ihre Hauptthese ist, daß das entsprechende Verhalten von einem bestimmten Wissen um Bewerbungen, einem ›Gattungswissen‹, gesteuert wird, das die Ostdeutschen natürlich nicht oder in ganz anderem Umfang besitzen (oder zum Zeitpunkt der Untersuchung besaßen). Deshalb würden sie sich von den Westdeutschen beispielsweise darin unterscheiden, daß sie DDR-Wörter erklären, um mögliche Wissensdefizite der westlichen Interviewer zu beseitigen, daß sie zurückhaltender auftreten, konsensorientierter sind (und deshalb weniger konfliktfähig sind!) oder daß sie Spaß und andere Topoi anders verstehen. Entsprechend der Ausgangsthese soll dies belegen, daß sich die Ostdeutschen mit Bewerbungsgesprächen noch nicht so richtig auskennen oder auskannten. Vielleicht haben sich die Ostdeutschen aber auch nur so verhalten, wie sie glaubten, daß es von ihnen erwartet wurde. Und das wäre keine spezifisch ostdeutsche Eigenschaft. Die noch interessantere Frage, ob im Verhalten der Ost-

deutschen (etwa in den ›abweichenden‹ Strategien der Selbstdarstellung) nicht auch das Potential für eine Herausforderung überlieferten westlichen Gattungswissens gelegen haben könnte, wird leider gar nicht erst gestellt.

In zwei weiteren Beiträgen wird nicht nach Unterschieden im Sprachgebrauch gefragt, sondern nach bestimmten prägenden kommunikativen Praktiken. Heiko Hausendorf (Ost- und Westzugehörigkeit als soziale Kategorien im wiedervereinigten Deutschland) hat untersucht, wie Ost- und Westdeutsche über ihre Zugehörigkeit reden und wie sie diese bewerten, wie also soziale Kategorisierungen kommunikativ durchgeführt werden. Er verweist darauf, daß dabei Machtverhältnisse zwischen Gruppen aktualisiert werden. In der Explizierung von Ost- und Westzugehörigkeit zeigt sich deshalb ein asymmetrisches Macht- und Achtungsgefälle. Der Wunsch, sich als einer der beiden Gruppen zugehörig darzustellen, gründet sich auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Interessen dieser Gruppen. Besonders in Zeiten, in denen Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung einer Gruppe problematisch geworden sind, gewinnen die Erzeugung eines Wir-Gefühls sowie moralisierende Solidarisierungen und Abgrenzungen an Bedeutung. Ein insgesamt sehr lesenswerter Beitrag.

Das gilt auch für den Beitrag von Ingwer Paul (Gerahmte Kommunikation. Die Inszenierung ost-westdeutscher Kommunikationserfahrungen im Mediendiskurs). Er analysiert einen Fall gescheiterter Ost-West-Kommunikation, wie er für Talk-Runden nicht untypisch ist. Medienkommunikation ist im Unterschied zur Alltagskommunikation mehr oder weniger inszeniert. Damit sind Vorgaben, eben ein Rahmen, verbunden. Moderatoren und Teilnehmer haben sich rahmengenäß zu verhalten, Zuschauer und Zuhörer bauen entsprechende Erwartungen auf. Wenn nun einer Teilnehmer – in der untersuchten Runde ein Ostdeutscher – ›aus dem Rahmen fällt‹, entsteht ein Kommunikationsproblem, aber nicht auf Grund subjektiven Unvermögens dieses Teilnehmers oder weil er vielleicht ›anders‹ denkt, sondern weil die Inszenierung ihn unausweichlich in einen Perspektiven-Konflikt geführt hat. Hier war es die stillschweigend vorausgesetzte Hegemonie der westdeutschen Perspektive, daß nämlich das behandelte ostdeutsche Problem

›nur auf der Grundlage westdeutschen Expertentums gelöst werden‹ könnte (S.119).

Die übrigen Beiträge befassen sich mit der Frage, was sich in der ›ostdeutschen Kommunikationsgemeinschaft‹ seit 1990 verändert hat. Peter Auer (Was sich ändert und was bleibt: Vorläufiges zu stilistischen Konvergenzen Ost-West am Beispiel von Interviews) vergleicht drei Aufzeichnungen der Sprache Ostdeutscher, die aus mehreren Gründen eigentlich nicht vergleichbar sind: journalistische Interviews aus den siebziger Jahren, Rollenspiele von Teilnehmern an einem Kurs über Bewerbungsgespräche von 1992, authentische Bewerbungsgespräche aus den Jahren 94/95. Diese etwas merkwürdige Auswahl zu vergleichender Sprachproben wird unter anderem damit begründet, daß angemessene Korpora aus der DDR nicht verfügbar sind. Tatsächlich gab es dort aber recht umfangreiche und vielseitige Erhebungen gesprochener Sprache. Das wußten auch die westdeutschen Kollegen. Nach der Abwicklung von Instituten und der Verdrängung von Personen war es aber wohl einfacher, diese Korpora zu vergessen. Sie standen eben nicht mehr ›zur Verfügung‹. Auers Befunde – auf sie im einzelnen einzugehen, ist hier nicht möglich – sind denn auch nicht gerade überraschend, ganz abgesehen davon, daß sein Material im Grunde gar keine Verallgemeinerungen zuließe. Einerseits meint er feststellen zu können, ›dass der abrupte politische Wechsel der Jahre 1989/1990 keineswegs zu einem ebenso abrupten Wechsel der sprachlichen Stilmuster geführt hat‹ (S. 173). Andererseits stellt er für die Zeit nach 1992 eine allmähliche Konvergenz fest, das Ablegen ›vieler ostdeutscher Stilmerkmale‹.

Ursula Bredel (Erzählen vom Umbruch. Zu einer Form narrativer Konversion) stellt in Auswertung von Interviews über Wende-Erlebnisse fest, daß sich Erzählstrukturen in Umbruchzeiten umkehren können: Einbettungen in Zeitabläufe, Bewertungen, Rückgriffe auf kollektives Wissen und auf Routinen verändern sich. Das hat sicher etwas mit dem Gewicht des Erzählten für Biographien zu tun, ist aber kaum typisch allein für Ostdeutsche und dürfte auch deren Erzählverhalten nicht dauerhaft verändert haben.

Norbert Dittmar (Sozialer Umbruch und Sprachwandel am Beispiel der Modalpartikeln

›halt‹ und ›eben‹ in der Berliner Kommunikationsgemeinschaft nach der ›Wende‹) hat längere Zeit versucht, sprachliche Indikatoren für das ›Ankommen‹ der Ostdeutschen in der neuen Gesellschaft zu finden. Ein solcher Indikator ist für ihn der zunehmende Gebrauch von halt neben oder statt eben. Ursprünglich war halt eher süddeutsch, dringt seit mehreren Generationen aber immer mehr in den Norden vor. Politische Grenzen und eine andere Bevölkerungsstruktur bewirkten, daß es in Westberlin lange Zeit häufiger war als in Ostberlin. Das beginnt sich seit 1990 offenbar zu ändern. So weit die Fakten. Für Dittmar aber besitzt halt einen kommunikativen Mehrwert, es ist freundlicher, ist Voraussetzung für sozialen Erfolg. In der DDR dagegen sei »elaborierte sprachliche Performanz« kein gesellschaftliches Selektionskriterium gewesen, es habe vor dem »Umbruch« keine Notwendigkeit für ein »freundlicheres« Sprechen gegeben. Das sei nun anders, und deshalb könne man eine »Blitzverbreitung« von halt feststellen.

Die beiden letzten Beiträge untersuchen den »Wandel in der Ritualität«. Gregor Hoffmann (Rituale Kommunikation in den Texten zum 1. Mai) kommt zu dem – wohl kaum überraschenden – Ergebnis, daß diese Texte heute anders sind. Aber auch in den vier Jahrzehnten DDR und der Zeit davor habe es schon Veränderungen gegeben. Ob es allerdings ausreicht, die sprachliche Analyse der Texte (Vielfalt der Lexik, Stilmalereien) von zeit- und textgeschichtlichen Bezügen weitgehend zu trennen, möchte ich bezweifeln, ganz abgesehen davon, daß der Verfasser des Analysetextes 1, der erste Nachkriegsrektor der Humboldt-Universität, sicher nicht als Repräsentant einer SED-Ideologie gelten kann. Wilma Kauke (Jugendweihe in Ostdeutschland. Ein Ritual im Umbruch) befaßt sich in einem ansonsten lesenswerten Aufsatz mit einer Institution, die für »umstrittener als je zuvor« gehalten wird, obwohl oder gerade weil sie »fröhliche Auferstehung« erlebt (S. 271). Ein Grundmuster des Rituals ist geblieben, Gelöbnis und Anbindung an den Staat gibt es jedoch nicht mehr, auch weil heute »kaum gruppenverbindende Zukunftsaussichten zur Verfügung« stehen (S. 285). War nicht auch das zu erwarten?

Der Band enthält noch ein echtes ›Highlight‹: fünf Schlußworte renommierter Teilneh-

merinnen und Teilnehmer an der Tagung von 1998 (Uta Quasthoff, John Gumperz, Walther Dieckmann, Carl Friedrich Graumann, Thomas Luckmann). Ziemlich einhellig verweisen sie auf die die vorgetragenen Untersuchungsergebnisse teilweise kennzeichnende, aber kaum bewußt gemachte Perspektivität der Untersuchenden. So könnte herausgefunden worden sein, was man immer schon geglaubt hat; es könnten Interpretationsschemata ziemlich willkürlich auf Daten rückbezogen werden; es könnte auch eine Konflikträchtigkeit suggeriert werden, die es so gar nicht gibt, oder etwas als Ost-West-Problem gesehen werden, das viel allgemeiner ist. In fast allen Schlußworten wird auch ange-mahnt, daß solche Untersuchungen von Ost- und Westdeutschen gemeinsam durchgeführt werden sollten – was bisher nur gelegentlich und kaum gleichberechtigt der Fall ist. Daß die Herkunft allerdings nicht mit einengender Perspektivität gleichzusetzen ist, zeigen einige Beiträge des Bandes ebenfalls. Wenn jedoch vom ›RDG-Feriedienst‹ die Rede ist (Auer) oder Einigungs- und Grundlagenvertrag verwechselt werden (Dittmar), scheint es mit der für die Darstellung ostdeutscher Verhältnisse eigentlich wünschenswerten Kompetenz nicht allzu gut bestellt zu sein.

Die Herausgeber meinen in ihrer Einführung, daß frühere Untersuchungen die ›ideologische‹ Dimension des Wandels nicht erfaßt hätten. Sie haben mit ihrem Band – vielleicht nicht ganz freiwillig – auch dazu beigetragen, daß die ideologische Dimension der Wahrnehmung dieses Wandels deutlich wird.

WOLFDIETRICH HARTUNG

Helmut Thielen:
Die Wüste lebt.
Jenseits von Kapital und Staat,
Verlag Graswurzelrevolution
Heidelberg 2001,
363 S. (39,80 DM)

Das neueste Buch von *Helmut Thielen* ordnet sich in eine ganze Reihe von Publikationen der letzten Jahre ein, die sich alle mit der Thematik Alternativen zum bestehenden weltkapitalistischen System in Verbindung mit der christlichen Religion befassen.

Thielen kommt aus der Tradition der Kritischen Theorie, hat in Marburg und Frankfurt/M. Sozialwissenschaften und Philosophie studiert. Seit 1994 in Brasilien lebend und lehrend, hat er sich intensiv und kritisch mit linken Theorien und der Theologie der Befreiung beschäftigt. Dabei verwirklicht er sein großangelegtes Projekt der sozialphilosophischen Forschung für eine eingreifende Publizistik zum Thema »Beiträge zur interdisziplinären Konstruktion einer kritischen und solidarischen Theorie der befreienden Praxis«. Der vorliegende Band bildet einen Bestandteil dieses Projektes und setzt sich aus zwei eng miteinander verbundenen, sich immer wieder durchdringenden Strängen zusammen. Da ist einmal der theoretische Strang, die Begründung dafür, warum eine humane Gesellschaft jenseits von Kapital und Staat möglich und nötig ist und da ist zweitens die Darstellung der Praxis, welche Projekte heute bereits als praktische Utopie existieren.

Freiheit, Sozialismus, Demokratie und Gerechtigkeit bilden für *Thielen* eine Einheit, sie sind so fest miteinander verbunden, daß ein Element ohne das andere nicht existieren kann. Konsequenterweise zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch die These, daß es zu einer kreativen Synthese von Sozialismus und Anarchismus kommen sollte. Er plädiert für das Modell der Rätedemokratie, das ökonomische und politische Demokratie integriert. Denn »Demokratie in der Politik ist letzten Endes unmöglich ohne demokratische Institutionen und Prozesse als das zentrale Ordnungs- und Koordinierungsschema für die Ökonomie« (S. 126). In diesem Zusammenhang steht auch seine Kritik am realen Sozialismus, der durch einen starken Staat charakterisiert war und in dem die oben beschriebene Einheit nicht realisiert wurde. Bei aller Modellhaftigkeit zeigt *Thielen*, daß es eine ganze Reihe von Beispielen gibt, die in Richtung dieser praktischen Utopie weisen. Da ist zum Beispiel die Bewegung der Landlosen in Brasilien MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra). Entstanden 1984, ist sie eine noch recht junge Bewegung, die jedoch bewußt an die lange Tradition ländlicher Befreiungsbewegungen anknüpft. Heute bilden ca. 4,8 Millionen Familien die soziale Klasse der Landlosen in Brasilien, von denen ein

wachsender Teil am MST teilnimmt. Das MST versteht sich als alternatives Modell ländlichen Arbeitens und Lebens und hält eine umfassende Agrarreform für nötig. Seine Mittel reichen von vorübergehenden Besetzungen, *ocupações*, bis zu langandauernden Besetzungen, *acampamentos*, die durch die Losung »Besetzen – Widerstehen – Produzieren« charakterisiert werden. Sie zeichnen sich durch basisdemokratische Verwaltung und egalitäres, solidarisches Miteinander aus. Oft werden diese Besetzergemeinschaften vertrieben, es kommt jedoch auch vor, daß sie staatlich legalisiert werden und dann geht das *acampamento* in ein *assentamento*, eine Siedlung der Agrarreform mit genossenschaftlicher Organisation über. Doch diese Genossenschaften weisen nicht automatisch in Richtung Sozialismus. »Die Mehrzahl der sich stabilisierenden und legalisierten *acampamentos* geht bisher über in Dienstleistungsgenossenschaften oder in rein private familienbäuerliche Betriebe. Eine Minderheit hält an der vollgenossenschaftlichen Wirtschaftsweise fest. Die Mehrheit repräsentiert also eine Veränderung und Modernisierung *innerhalb* der kapitalistischen Marktwirtschaft. Eine Minderheit der Produktivgenossenschaften hingegen kann als Zellen einer freien *sozialistischen* Gesellschaft angesehen werden, über deren Entwicklung die Zukunft entscheiden wird« (S. 218). Die weitere Entwicklung des MST hängt auch von seinem Zusammenwirken mit anderen sozialen Bewegungen ab.

Eine andere Form sozialistischer Keime sind in dem Modell »Partizipatorische Haushaltspolitik«, wie es in Porto Alegre praktiziert wird, vorhanden. Dieses Modell direkter Demokratie wurde vor 12 Jahren von den die Stadt regierenden Präfekten der *Partido dos Trabalhadores* (PT), der Arbeiterpartei, *Olívio Dutra*, *Tarso Genro* und *Raúl Pont* eingeführt und bis heute mit großem Erfolg praktiziert. Sie ist geprägt durch den für die Bürger erfahrbaren Zusammenhang von mitgetragenen Beschlüssen und praktisch erwünschten Veränderungen durch eine Haushaltspolitik als Basis der kommunalen Planung und Realisierung, die sich vor allem in für alle erlebbaren Veränderungen wie Schulbauten, Straßen und Erholungsparks, aber auch Demokratisierung der Repräsentativdemokratie niederschlägt.

Als drittes Beispiel beschreibt *Thielen* die Zapatistische Bewegung mit ihrer weltweiten Bedeutung im Kampf gegen den Neoliberalismus. Kritisch vermerkt er jedoch, daß diese Bewegung noch keine revolutionäre gesellschaftliche Alternative hervorgebracht hat.

Der Autor ist sich sehr wohl bewußt, daß vieles von dem, was er beschreibt, mit großen Schwierigkeiten bei einer möglichen Umsetzung im größeren Maßstab behaftet ist. Er möchte jedoch mit seinem Buch die Aufgabe eines Neubeginns sichtbar machen, seine Notwendigkeit ebenso wie seine Möglichkeit. Besonders durch die Einbeziehung der lateinamerikanischen theoretischen und praktischen Elemente leistet *Thielen* einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um sozialistische Alternativen und mögliche Widerstandspotenziale zur neoliberalen Globalisierung.

Im Anhang befinden sich die Wiedergabe eines Gesprächs mit *Sartre* aus dem Jahre 1997 zu Anarchie und Moral und ein Text über die Konzeptionen der brasilianischen Linken *Leonardo Boff* und *Tarso Genro*. Besonders *Genro*, der Bürgermeister von Porto Alegre ist, zeichnet sich durch seine Überlegungen über ein neues historisches Subjekt aus.

HELLA HERTZFELDT

**Norman Paech/Gerhard Stuby:
Völkerrecht und Machtpolitik
in den internationalen Beziehungen,
VSA-Verlag Hamburg 2001.
982 S. (98 DM)**

Dem fast 1000seitigen Kompendium – weitgehend neu gestalteter Nachfolger des Buchs der beiden Verfasser aus dem Jahr 1994 – gehört ein Platz in der Bibliothek eines jeden, der sich näher für internationale Politik und Völkerrecht interessiert und einen wissenschaftlich begründeten linken Standpunkt dazu kennen lernen will. Eigentlich handelt es sich um zwei Bücher in einem.

Teil A – »Epochen des Völkerrechts« (300 Seiten) – bietet einen lebendig geschriebenen Abriss der Geschichte des Völkerrechts, eingeordnet in die jeweiligen Machtverhältnisse. Die Verfasser setzen den Anfang von (europäischem) Völkerrecht als System auf die Ent-

stehung des ökonomischen Weltsystems an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert, also mit der Entdeckung, »Landnahme« und Kolonisierung der außereuropäischen Welt. Und sie führen diesen Abriss bis in den Epochen-einschnitt der Auflösung des sozialistischen Lagers, die keineswegs eine Blüte des Völkerrechts nach sich zog, und der Proklamation und Realisation einer »Neuen Weltordnung« der USA und der NATO, die nur insofern neu ist, als sie unipolar-imperialistisch organisiert wird. Die Völkerrechtsdoktrinen in ihren historischen Zusammenhängen, aber auch korrespondierende politologisch-philosophische Auffassungen finden gebührende Aufmerksamkeit. Sehr aufschlußreich sind zum Beispiel die Ausführungen über die apologetische deutsche Völkerrechtslehre im Faschismus.

Teil B – »Die Hauptelemente der neuen Völkerrechtsordnung« (450 Seiten) – entspricht allen Erwartungen, die man an ein honoriges Lehrbuch für Juristen und Politologen stellt, aber es ist ein verständlicher Text für alle Interessierten. Behandelt werden: die (wichtigsten) Akteure des internationalen Systems, nämlich die Staaten; die Quellen des Völkerrechts und dabei die Frage, ob Völkerrecht angesichts seiner »Schwäche« überhaupt Recht ist; das System der UNO und die kollektive Friedenssicherung vom Verzicht auf das jus ad bellum bis zum Gewalt- und Aggressionsverbot der Charta, einschließlich des humanitären jus in bello; und sehr ausführlich die Menschenrechte und ihr internationaler Schutz, und – mehr als in vergleichbaren Darstellungen üblich – die Themen »Weltwirtschaftsordnung und Völkerrecht« und »Wirtschaftliche Nutzung globaler Ressourcen: Meer, Weltraum, Umwelt«.

Dabei liefern die Verfasser nicht nur eine präzise Analyse des geltenden Normengefüges. Sie kommen immer wieder auf Überlegungen zur Theorie von Völkerrecht und Politik, zu historischen, politischen und ökonomischen Zusammenhängen der Entstehung, Weiterentwicklung und Durchsetzung, Mißachtung und brutalem Bruch völkerrechtlicher Normen zurück. Man muß nicht mit allem einverstanden sein, aber das an Marx geschulte Herangehen und die Unvoreingenommenheit gegenüber sozialistischen Beiträgen zur Entwicklung und Theorie des Völkerrechts sind schon beachtenswert, weil selten zu finden. Wie hi-

storisch gerecht und politisch aktuell, in einem rechtswissenschaftlichen Text auf Lenins Dekret über den Frieden zu stoßen!

Wer weiter in die Darstellung der Dialektik von Rechts-, Macht- und ökonomischen Verhältnissen im systematischen Teil vordringt, dem wird bewußt, daß es sich doch um ein geschlossenes Werk und nicht um zwei Bücher handelt. Der systematische Teil B wird durch den historischen Teil A nicht einfach eingeleitet, sondern erhält von ihm seine Grundlegung. Dadurch unterscheidet sich das Werk von Paech und Stuby wohlthuend von den gängigen Lehrbüchern, in denen Geschichtliches kaum noch vorkommt.

Hervorzuheben ist der Materialreichtum des Werks. Man findet eine Fülle kurzer und prägnanter Analysen internationaler Ereignisse und Vorgänge unter völkerrechtlicher Sicht. Zu verweisen ist zum Beispiel auf die Erörterungen militärischer Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, einschließlich der Rolle der UNO und ihres Sicherheitsrats dabei, vom Korea-Krieg, einer »Fundgrube völkerrechtlicher Merkwürdigkeiten« (S. 575), über die Suez- und Kongokrise bis zu den völkerrechtlich äußerst fragwürdigen bis schlichtweg völkerrechtswidrigen militärischen, als »humanitär« deklarierten Interventionen im Irak, in Somalia, in Haiti und in Bosnien-Herzegowina.

Wer wohlbegründete Argumente zu so aktuellen internationalen Fragen wie Afghanistan sucht, wird fündig: zum Interventions- und Gewaltverbot (vgl. S. 543 ff.), zum Selbstverteidigungsrecht gegen einen bewaffneten Angriff (vgl. S. 560 ff.), zu möglichen nicht-militärischen und militärischen Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Charta (vgl. S. 591 ff.), zum humanitären Kriegsvölkerrecht (vgl. S. 599 ff.), zum Terrorismus und seiner Abgrenzung von Befreiungsbewegungen (vgl. S. 503 ff.) und zur internationalen Strafgerichtsbarkeit (vgl. S. 411 ff.).

Berechtigterweise schenken Paech und Stuby völkerrechtlichen Fragen der Kolonisation und Dekolonisation sowie der Stellung der aus dem imperialistischen Kolonialsystem hervorgegangenen neuen Staaten große Aufmerksamkeit, jedenfalls im Vergleich zu gängigen Lehrbüchern. Aufschlußreich sind die Ausführungen über die Auflösung der Kolonialreiche mit friedlichen und – wenn nicht

vermeidbar – völkerrechtlich zulässigen und von der UNO gebilligten gewaltsamen Mitteln. Das bisherige Scheitern einer neuen demokratischen Weltwirtschaftsordnung, die eine gleichberechtigte und nachhaltige Entwicklung der Länder der »Dritten Welt« gewährleisten könnte, wird nüchtern analysiert.

Die Verfasser haben keine Illusionen über die Möglichkeiten des Völkerrechts in den kapitaldominierten internationalen und innerstaatlichen Machtverhältnissen. Sie bleiben stets Realisten. Die Grenzen des Völkerrechts suchen sie aber nicht in dessen immanenter »Durchsetzungsschwäche und dem fehlenden Sanktionspotential«, sondern in eben diesen Machtverhältnissen. Dabei warnen sie vor der Vernachlässigung des Aspekts der Souveränität der Staaten und vor sowohl der Überbewertung wie auch Unterschätzung des Einflusses der Globalisierung auf das Völkerrecht und seine Chancen und Verletzungen.

Das Credo der Verfasser lautet: »Das Völkerrecht wird als Kooperationsrecht gleichberechtigter Subjekte und als konsensgebundene Rechtsordnung einer demokratisch gestalteten und nicht hegemonial dominierten Staaten- und Konfliktordnung stets eine unsichere Zukunft haben. Der Inhalt dieser Ordnung, der Fortschritt und die Effektivität ihrer auf Frieden und soziale Gerechtigkeit ausgerichteten Rechtsprinzipien werden weitgehend davon abhängen, inwieweit es wirklich gelingt, die Gewalt- und Herrschaftsstrukturen in den internationalen Beziehungen zu nivellieren, das heißt zu demokratisieren. Entscheidend für diesen Prozess ist der innere Zustand der Demokratisierung in den Staaten des »Nordens«. ... Es hat keinen Sinn, das gegenwärtige Demokratiedefizit in den internationalen Beziehungen durch universalistische Vorstellungen von Weltökonomie, Weltstaat, Weltbürgerrecht und Weltinnenpolitik oder mit Forderungen nach Überwindung der staatlichen Souveränität hinweginterpretieren zu wollen. Die nach wie vor tiefe Spaltung der Weltgesellschaft in Nord und Süd, Zentrum und Peripherie ist auch nach Auflösung des Ost-West-Antagonismus und der Differenzierung unter den Staaten, die als Dritte Welt bezeichnet werden, der Grundtatbestand der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts« (S. 871).

GREGOR SCHIRMER